

Flüchtlingsrat Nds. e.V. • Röpkestr. 12 • 30173 Hannover

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.  
Röpkestr.12  
30173 Hannover

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Geschäftsstelle

Sigmar Walbrecht  
Tel.: 0511 / 84 87 99 73  
Fax: 0511 / 98 24 60 31  
sw@nds-fluerat.org  
www.nds-fluerat.org

Hannover, 24.11.2022

## **Offener Brief an Mitglieder des Bundestags: Zeigen Sie Solidarität mit den politisch Verfolgten im Iran**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, Flüchtlingsräte und PRO ASYL, verfolgen hautnah die aktuellen Ereignisse und erhalten täglich Berichte und Hilferufe von Geflüchteten aus dem Iran.

Seit mehr als 10 Wochen protestieren Frauen, Männer, Mädchen und Jungen in allen Provinzen des Iran. Das theokratische Regime der islamischen Republik und seine Terrortruppen; der Geheimdienst, die IRGC und seine dazugehörigen Basiji-Milizen und Mullahs in Zivilkleidung schlagen, erschießen, verhaften, entführen, vergewaltigen und ermorden die Protestierenden. Bislang wurden laut Human Rights Activists New Agency (HRANA) mehr als 60 Kinder und 434 Erwachsene ermordet. Die Dunkelziffer ist viel höher. Tausende sind nach Entführungen durch verschiedene Organe des Regimes verschwunden. Trotz des Einsatzes militärischer Mittel sowie massiver menschenrechtsverachtender Maßnahmen des Regimes, kämpfen die Menschen im Iran mit bloßen Händen, aber starkem Willen weiter. Die Revolution im Iran hält an, weil immer mehr Menschen im Iran das Regime stürzen und stattdessen eine demokratische Regierung einsetzen wollen.

Die Revolution im Iran wird vor allem von Frauen und Mädchen geführt, aber auch von Männern und anderen unterstützt und getragen. Dabei kämpfen die Frauen keinesfalls gegen den Islam oder das Kopftuch im Allgemeinen, sondern gegen das Kopftuch als Zeichen von Unterdrückung und Entrechtung durch das Regime. **Die Menschen kämpfen um grundlegende Menschenrechte, und Menschenrechte gehen uns alle an!** Die Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock, die sich eine feministische Außenpolitik auf die Fahnen geschrieben hat, müssen endlich klar Stellung zu der Lage im Iran beziehen und sich deutlich auf die Seite der um eine grundlegende Demokratisierung der politischen Verhältnisse kämpfenden Menschen im Iran stellen. Wir begrüßen, dass sich die Bundesregierung und auch die EU zu weiteren Sanktionen gegen Funktionsträger des Mullah-Regimes und gegen regimetreue Unternehmen entschlossen haben. Aber das geht u.E. noch nicht weit genug.

Einem Regime, das die eigene Bevölkerung und selbst Kinder durch Militäreinsatz und Schläge umbringt, Schulen, Universitäten und private Wohnräume von Menschen stürmt, Kritik nicht annehmen will, kritische Stimmen mit Todesurteilen zu unterdrücken versucht und politische Gefangene hinrichtet und Gefangene im Evin-Gefängnis erschießt oder verbrennt, muss die Bundesregierung die Legitimität aberkennen. **Menschenrechte dürfen anderen politischen Interessen nicht untergeordnet werden. Die Menschenrechtsverletzungen des Mullah-Regimes dürfen nicht länger hingenommen werden.**

Mutige Frauen und Protestierende im Iran, die unter Einsatz ihres Lebens den Verbrechen des Mullah-Regimes gegen die Menschenrechte ein Ende setzen wollen, brauchen einen Stimmenverstärker auf internationaler Ebene, der diesem Regime Grenzen setzt und es für seine Verbrechen zur Rechenschaft zieht. **Seien Sie die laute Stimme gegen die Verbrechen dieses Unrechtsregimes gegen Menschenrechte! Die Brutalität und die Hinrichtungen werden noch zunehmen, wenn keiner mehr hinschaut und es leise wird!**

**Daher appellieren wir an Sie: Machen Sie noch stärker und unablässig öffentlich deutlich, dass das Schlagen, Entführen, Foltern und Ermorden von Menschen nie und zu keinem Preis hingenommen wird.**

Es bedarf daher zeitnah weiterer Schritte, denn der Bevölkerung im Iran bleibt nicht viel Zeit. Unrechtmäßige Schnellprozesse, die jeglichen rechtsstaatlichen Mindeststandards Hohn sprechen, die ohne Anwesenheit von Rechtsanwält:innen in Massen gegen die politischen Gefangenen durchgeführt werden und mit Todesurteilen enden, haben schon angefangen. Mehr als 2.000 Menschen sind derzeit angeklagt und von der Todesstrafe bedroht. Mehr als 17.400 Menschen wurden bisher verhaftet und warten auf ein Gerichtsverfahren. **Es ist daher höchste Zeit zum Handeln, bevor weitere unschuldige Menschen gefoltert und ermordet werden!**

Eine prompte Umsetzung folgender Maßnahmen halten wir für dringend notwendig und erwarten wir von der Bundesregierung:

- Ausweisung der Botschafter:innen und Zugehörigen des Regimes.
- Stärkere Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner:innen und die Aktivist:innen in Deutschland.
- Eine zielorientierte Sanktionspolitik, die die Machtelite mit voller Härte trifft, weiter ausweiten:
  - Aufnahme von weiteren Regierungsmitgliedern, Parlamentarier:innen, Wächterat, IRGC-Sepah, Basij-Milizen, Nationalpolizei und NoPo des Iran auf die Sanktions- und Terrorliste der EU,
  - Konfiszierung und Einfrieren der Privatvermögen von Einzelpersonen und Firmen in Deutschland, die das Mullah-Regime unterstützen,
  - Abbruch der Zusammenarbeit mit Lobbyist:innen des Regimes,
  - Aussetzung der Atomverhandlungen.
- Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und rechtliche Verfolgung der Täter:innen

des Mullah-Regimes sowie Aufklärung der Fälle durch EU-Organisationen.

- Umfassende Untersuchung des Brandes im Evin-Gefängnis und den damit zusammenhängenden Menschenrechtsverletzungen durch EU-Organisationen.
- Forderung nach sofortiger Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Folterkammern und Gefängnissen des Regimes.

Wir in Deutschland können den protestierenden Menschen im Iran Rückhalt geben, indem wir ihnen die Gewissheit geben, dass wir hinter ihnen stehen. Das bedeutet auch, dass sie wissen, dass sie im schlimmsten Fall in Deutschland und Europa Schutz finden können:

- Sichere Fluchtwege: Aufnahme verfolgter Oppositioneller und deren Angehörige aus dem Iran.
- Faire Asylverfahren: Menschen, die jetzt aus dem Iran fliehen, müssen als Flüchtlinge anerkannt werden. Auch geschlechtsspezifische Gewalt und Verfolgung im Iran sind in Asylverfahren dringend zu berücksichtigen.
- Sichere Aufenthaltsperspektiven: Menschen, die schon in Deutschland leben, müssen einen sicheren Aufenthalt erhalten, außerdem braucht es einen bundesweiten Abschiebestopp.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Wir würden uns sehr auf eine Antwort von Ihnen freuen, in der Sie darlegen, ob und in welcher Form Sie unser Anliegen unterstützen werden.

Vielen Dank und freundliche Grüße

**Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.**

**Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.**

**Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.**

**Hessischer Flüchtlingsrat e.V.**

**PRO ASYL**